

Auf Initiative der Ersten Parteikonferenz wurde das *Landarbeiterschutzgesetz* in der Deutschen Wirtschaftskommission eingebracht, um die Rechte der Landarbeiter gesetzlich zu sichern und ihre Lage zu verbessern.

Unsere Vorschläge zur *Verbesserung der Lage der werktätigen Bauern* in bezug auf die Verminderung der Sozialversicherungspflichtbeiträge für mitarbeitende Familienangehörige sowie auf Änderung der Feuerversicherungsprämie wurden von der DWK angenommen, ebenso die anderen Vorschläge in bezug auf Vereinfachung des Saatgutbezuges, vermehrte Belieferung mit Düngemitteln, Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Vorschläge über die Änderung im Steuerwesen bedürfen noch einer weiteren Beratung. Auf Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission wurde eine Steuerreform durchgeführt, die eine Senkung der Steuern für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet.

Zum Kampf *gegen die Spekulation* brachte die SED einen Vorschlag ein, der von der Deutschen Wirtschaftskommission zum Gesetz erhoben wurde.

Die von der Ersten Parteikonferenz beschlossenen Maßnahmen zur Verkürzung des Handelsweges und Erschwerung der Spekulation durch Schaffung von *Großhandelszentralen*, die mit den volkseigenen Betrieben verbunden sind, wurden eingeleitet. Die Störung der Warenzirkulation durch Hortung oder nicht rechtzeitige Abberufung von Waren durch staatliche Stellen wurde zum Teil behoben. Dadurch wurde auch die gewerbliche Tätigkeit erleichtert.

Die *erhöhte Produktion von Baustoffen*, die doppelt so hoch ist als im vorigen Jahr, ermöglichte es, mit dem Neuaufbau der Großstädte zu beginnen. Um auch die privaten Gelder für den Wiederaufbau der Häuser zu mobilisieren, wurde eine Neuregelung des Kreditwesens vorgeschlagen, wodurch auch an private Hausbesitzer Kredite gewährt werden. Die Planmäßigkeit des Neuaufbaus und die rationelle Verwendung der Baustoffe soll durch die Schaffung der Hauptverwaltung für Bauwesen gewährleistet werden.

Damit die *Umsiedler* in jeder Hinsicht wirklich gleichberechtigte Bürger der deutschen Heimat sind, hat das Politbüro die Genossen in der Deutschen Wirtschaftskommission ersucht, den Umsiedlern größere Unterstützung bei der Arbeitsbeschaffung zu gewähren, ihre Wohnverhältnisse zu verbessern und Massenbedarfsartikel zu an-